

Liebe ÖNiD-Vernetzte!

Wir sind der Arbeitskreis "Ökonomie und Kirche" im ÖNiD-Netz. Gestern haben wir uns getroffen und beschlossen, Euch alle einzubeziehen in die Verbreitung einer besonderen Variante Bürgerversicherung. An diesem Konzept arbeiten wir schon seit Jahren. Alle Beteiligten sind zugleich Attac-Mitglieder. Jetzt sehen wir, gerade in der umfassenden Krise, ein offenes Fenster für neues, solidarisches Denken.

Die Idee zu dieser Bürgerversicherung stammt von dem hessischen Landessozialrichter Jürgen Borchert. Es geht um Gerechtigkeit, vor allem um Option für die Armen. Armut von Alten und Pflegebedürftigen, von Familien mit Kindern, Armut durch Hartz IV und Sozialgeld. Und um Armut im Niedriglohnsektor.

Das Konzept ist zugleich eine Provokation für Arbeitgeberfunktionäre, deren Propaganda für die Senkung der Lohnnebenkosten wir aus der Welt schaffen wollen.

Und es geht um viele von uns, die mit einer solchen Bürgerversicherung selbst aufgefordert sind zur Solidarität mit den Armen hierzulande. Wir wissen doch, wie verhängnisvoll die krasse Schere zwischen Arm und Reich an der Krise mitgewirkt hat.

Wir wissen auch aus dem konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung: Frieden kann nicht werden, ohne zuvor Gerechtigkeit zu schaffen, ohne die Umwelt zu retten.

Deshalb wollen wir alle im ÖNiD ansprechen, auch die Friedens- und die Umweltbewegten.

Lest zuerst das Vorwort von Jürgen Borchert in der ausführlichen Fassung! Es wird Euch neugierig machen. Denn es ist weithin unbekannt, wie schwer unser Sozialsystem die unteren Einkommen belastet.

Ulrich Duchrow hat soeben mitgeteilt, dass er seine Unterschrift für unsere Solidarische Bürgerversicherung gibt.

Damit das Konzept auch in den Rahmen von ÖNiD gestellt werden kann, haben wir uns folgendes gedacht: Alle haben vermutlich vor wenigen Tagen das Protokoll der ÖNiD-Jahresversammlung 2008 erhalten. Darin ist ein Beschluss festgehalten auf den Seiten 6/7. Wir zitieren wörtlich:

"Zur Öffentlichkeitsarbeit wird folgendes festgelegt: Initiative zur Öffentlichkeitsarbeit kann von allen Gruppen und Einzelnen ausgehen. Die Vorschläge werden über den email-Verteiler an alle weitergegeben. Jede Gruppe hat ein Vetorecht. Wenn in einer angegebenen Frist davon nicht Gebrauch gemacht wird, kann diese Stellungnahme als Äußerung des ÖNiD veröffentlicht werden. Wenn ein Veto angemeldet wird, muss das qualifiziert werden. Entweder ist es ein Veto, die Stellungnahme überhaupt nicht abzugeben (dann sind die Gründe zu diskutieren; die Koordinierungsgruppe entscheidet) oder es ist ein weniger gravierendes Veto, so dass nur diese Gruppe diesen Text nicht mitverantworten will. So wird es veröffentlicht als Stellungnahme aus dem ÖNiD (nicht des ÖNiD)."

Von dieser Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit möchten wir jetzt Gebrauch machen. Denn Medien stehen uns als einzelne Gruppen kaum zur Verfügung.

Wir setzen also eine Frist bis zum 1. Mai. ÖNiD-Gruppen mögen bis dahin ihr "qualifiziertes", d. h. begründetes Veto anmelden, wenn sie es für unumgänglich halten.

Die Zeit drängt! Im Herbst wird mit der Bundestagswahl eine neue Weichenstellung erfolgen. Wir halten es für unsere Aufgabe, den Wählern allerorten zu sagen, was auf sie zukommt, wenn ihre Sozialversicherung weiter beschädigt wird und wie Alternativen aussehen. Wir alle werden besser gehört, wenn ÖNiD als starkes Netz hinter uns steht.

In diesem Sinne und mit österlichen Grüßen
vom Arbeitskreis Ökonomie und Kirche
Ihre/Eure Barbara Hähnchen

April 2009